

# Lebenslange Einkommensverluste durch pandemiebedingte Schulschließungen?

## Kritische Anmerkungen zu einer bildungsökonomischen Erzählung

Von Rainer Bölling

Mai 2021

**Ludger Wößmann** (Folgekosten ausbleibenden Lernens: Was wir über die Corona-bedingten Schulschließungen aus der Forschung lernen können, ifo-Schnelldienst 6/2020<sup>1</sup>) stellt zum Zusammenhang von Bildungsdauer, Kompetenzen und Einkommen folgende Thesen auf:

- Als grobe Daumenregel kann gelten, dass Schüler\*innen im Durchschnitt pro Schuljahr rund ein Drittel einer Standardabweichung hinzulernen.
- Für Deutschland zeigt sich, dass eine zusätzliche Standardabweichung an Kompetenzen im Durchschnitt mit einem 27,4% höheren Erwerbseinkommen einhergeht.
- Grob gesagt geht jedes Schuljahr im Durchschnitt mit einem um rund 10% höheren Erwerbseinkommen einher.
- Geht etwa ein Drittel eines Schuljahres an Lernen verloren, so geht dies über das gesamte Berufsleben gerechnet im Durchschnitt mit rund 3–4 % geringerem Erwerbseinkommen einher.

Die letzte These vertrat auch OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher im Oktober 2020.<sup>2</sup> Und angesichts der Schulschließungen im Winter 2020/21 hat Wößmann seine Prognose aktualisiert: Sollten die Schulen bis Ende Februar geschlossen bleiben, müsse mit einem Verlust beim Lebensinkommen der Schüler von 4,5 Prozent gerechnet werden, sagte er dem „Handelsblatt“ im Januar. Auf die Volkswirtschaft hochgerechnet würde sich als Folge von 18 Wochen Schulausfall ein Verlust von 3,3 Billionen Euro bis zum Ende des Jahrhunderts ergeben.<sup>3</sup> Angesichts dieser dramatischen Perspektiven erscheint es geboten, die Grundlagen des Szenarios einmal genauer zu überprüfen.

Die erste These zum Zusammenhang von Bildungsdauer und Lernzuwachs beruht auf der bis vor kurzem üblichen Umrechnung von 100 PISA-Punkten (eine Standardabweichung) in drei Schuljahre. Doch wie untauglich diese Umrechnung ist, wird deutlich, wenn man sie auf die Spreizung innerhalb der Länder anwendet. Zwischen den leistungsstärksten und den leistungsschwächsten Schülern eines OECD-Landes (obere und untere 5 Prozent) lagen 2015 im Durchschnitt der drei Kompetenzbereiche fast überall 300 und mehr Punkte. Das würde einen Bildungsrückstand der Leistungsschwächsten von neun bis zehn Schuljahren bedeuten. Demnach wären beispielsweise die schwächsten finnischen Fünfzehnjährigen nach acht Jahren Schulbesuch neun Jahre in Rückstand geraten.<sup>4</sup> Angesichts solcher Widersprüche hat die OECD diese Umrechnung im jüngsten PISA-Bericht zu Recht verworfen.<sup>5</sup>

Die Aussagen zum Zusammenhang von Bildungsdauer und Einkommen stützen sich vor allem auf statistische Untersuchungen zu den Auswirkungen der beiden Kurzschuljahre, die 1966/67 in acht westdeutschen Bundesländern dazu dienten, den Schuljahresbeginn von Ostern in den Sommer zu verlegen. Das bedeutete bei zwei Schuljahren einen Unterrichtsverlust von ca. neun Monaten.

2007/08 waren zwei Studien von Ökonomen zu dem Ergebnis gekommen, dass die Kurzschuljahre keinen nachteiligen Effekt auf Einkommen und Beschäftigung hatten:

- Jörn-Steffen **Pischke**: The impact of length of the school year on student performance and earnings: evidence from the german short school years, in: *The Economic Journal*, 117 (October 2007), 1216–1242.

„Returns to time in school are not governed by a simple linear human capital model, where each hour or day of education has the same effect.“ (S. 1240)

- Jörn-Steffen **Pischke** and Till von **Wachter**: Zero returns to compulsory schooling in Germany: evidence and interpretation. *Review of Economics and Statistics* 90 (3), 2008, 592–598.

We estimate the impact of compulsory schooling on earnings using changes in compulsory schooling laws in West Germany after World War II. Most estimates in the literature indicate returns in the range of 10% to 15%. While our research design is very similar to studies for various other countries, we find a zero return. We find no evidence that this is due to labor market institutions or the apprenticeship training system in Germany. The result might be due to the fact that the basic skills most relevant for the labor market are learned earlier in Germany than in other countries.

Diese Ergebnisse widersprechen dem bildungsökonomischen Credo, dass längerer Schulbesuch sich stets in höherem Einkommen niederschlägt. So bezweifelt Wößmann ihre Aussagekraft: „Die neueren Befunde zeigen, dass die fehlende Evidenz für langfristige Effekte der Kurzschuljahre in einer früheren Studie von Pischke (2007) möglicherweise eher methodologischen Umständen geschuldet ist.“<sup>6</sup> Worin diese „methodologischen Umstände“ bestehen, erläutert Wößmann nicht. Stattdessen beruft er sich auf eine neuere Untersuchung:

- Kamila **Cygan-Rehm**: Is Additional Schooling Worthless? Revising the Zero Returns to Compulsory Schooling in Germany. CESifo Working Paper 7191, CESifo, München 2018.

Die Stichprobe dieser Untersuchung ist enger gefasst:

„While Pischke and von Wachter (2008) study individuals born between 1930-1960, I exclude those born before 1945 because they were affected by wartime distortions and temporary extensions of compulsory schooling preceding the actual passage of the C9 [9. Pflichtschuljahr] laws. [...] I also exclude the "pivotal" birth cohorts that were exactly at the threshold to encounter the C9 reform.“

So werden nur die Jahrgänge 1945–1960 untersucht (S. 3 u. 11). Als Ergebnis mit Anspruch auf Allgemeingültigkeit wird festgehalten: „I find that hourly wages increase by 6%-8% per additional year of schooling.“

Um die Aussagekraft dieser Studie fundiert beurteilen zu können, müsste man über die Originaldaten verfügen. Es drängt sich aber der Eindruck auf, dass hier eine bloße statistische Korrelation als (mono)kausale Erklärung verstanden und in den Rang einer Gesetzmäßigkeit erhoben wird.

Dass die Realität ganz anders aussehen kann als die ökonomische Theorie, sei am Beispiel von 30 Personen aus dem privaten und beruflichen Umfeld des Verfassers gezeigt, die alle ein Lehramtsstudium absolviert haben:

Person	Geburtsjahr	Kurzschuljahre	Sonstiges	Höchste Besoldungsstufe
1	1940	0		A 15 Z
2		0		A 14
3	1941	0		A 13
4	1942	0		A 15
5	1943	0		A 14
6	1944	0		A 16
7		0	† 1996	A 14
8		0	Dr. phil.	A 14
9	1945	0		A 15
10		0		A 15
11		0		A 14
12	1946	0		A 15
13	1947	0		A 14
14		1		A 14
15		1		A 16
16		1		A 14
17	1948	2		A 16
18		2	Dr. phil.	A 14
19		2		A 15
20		2		A 15
21	1949	2		A 16
22	1950	2		A 15
23		2		A 14
24	1951	2		A 14
25	1952	2		A 14
26		2		A 15
27		2		A 15
28	1954	2		A 15
29		2		A 14
30		2		A 16

Von diesen 30 Personen haben bei gleichem formalen Abschluss (beide Staatsexamina für das höhere Lehramt) 17 mit einem oder zwei Kurzschuljahren im Durchschnitt eine höhere Besoldungsstufe erreicht als die 13 Personen ohne Kurzschuljahr. Das ist das Gegenteil der in Frage stehenden These, was jedoch keineswegs bedeutet, dass nun ein umgekehrter kausaler Zusammenhang besteht.

Ein höheres Einkommen als diese 30 Personen konnten die 1932 und 1934 geborenen Brüder von Nr. 16 erzielen, obwohl sie 1944/45 durch den Krieg ein ganzes Schuljahr verloren haben. Hierfür war der gewählte Beruf (Notar) von grundlegender Bedeutung. Bemerkenswerterweise gehören beide zu den Jahrgängen, die in der Stichprobe von Pischke/von Wachter berücksichtigt, von Cygan-Rehm aber ausgeschlossen wurden. Sollte hier ein Grund für die unterschiedlichen Ergebnisse liegen?

Die Berufswahl beeinflusste auch innerhalb der von den Kurzschuljahren betroffenen Jahrgänge 1947-1960 die Einkommenschancen. Angesichts der 1964 von Georg Picht ausgerufenen „Bildungskatastrophe“ nahmen viele Abiturienten ein Lehramtsstudium auf und erstrebten eine dem akademischen Abschluss entsprechende Position im höheren Dienst. Seit den späten 1970er Jahren jedoch trat an die Stelle des vorherigen Lehrermangels eine wachsende Arbeitslosigkeit ausgebildeter Lehrer. 1985 waren fast 30.000 offiziell arbeitslos gemeldet; eine ähnlich große Zahl dürfte zu diesem Zeitpunkt schon in anderen Berufen tätig gewesen sein.<sup>7</sup> Diese beruflichen Alternativen waren allerdings oft mit einem geringeren Einkommen verbunden. Hiervon betroffen waren vor allem die Geburtsjahrgänge seit der Mitte der 1950er Jahre, die am Ende von Studium und Vorbereitungsdienst die veränderte Situation auf dem Lehrerarbeitsmarkt vorfanden. Soweit sie lebenslange Einkommenseinbußen erlitten, hatte das nichts mit den Kurzschuljahren zu tun, sondern vor allem mit dem Geburtsdatum.

Doch nicht nur die Lehramtsabsolventen aus den späteren Kurzschuljahrgängen fanden veränderte Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt vor. Das lag an zwei grundlegenden Entwicklungen. Zum einen stieg die jährliche Geburtenzahl in Deutschland zwischen 1947 und 1960 um knapp 23 Prozent an (von 1.028.421 auf 1.261.614).<sup>8</sup> Diese zunehmend stärkeren Jahrgänge drängten nun in den 1970er Jahren auf einen Arbeitsmarkt, der nach dem Ende des westdeutschen Wirtschaftswunders von steigenden Arbeitslosenzahlen und sinkenden Einkommen geprägt war.<sup>9</sup> Diese Faktoren wären für die Erklärung des statistischen Befundes von Cygan-Rehm von großer Bedeutung gewesen, wurden aber nicht überprüft.

Nicht nur die in der obigen Stichprobe erfassten Personen, sondern auch viele andere haben betont, durch die Kurzschuljahre keinen finanziellen Nachteil erlitten zu haben – auch in Briefen an den SPIEGEL. Das wollten aber zwei Redakteure dieses Magazins nicht wahrhaben. Im blinden Vertrauen auf die Studie von Cygan-Rehm attestierten sie der *Generation Kurzschuljahr*, „keine gute Schulbildung genossen zu haben“ und obendrein noch zu blöd zu sein, die lebenslangen finanziellen Folgen zu erkennen. Es gebe nun einmal „Arten von Unglück, die wollen selbst jene nicht wahrhaben, die davon direkt getroffen wurden“. Das habe „mehr mit dem Hang des Menschen zu tun, Widrigkeiten und Zufällen des Lebens im Rückblick immer einen Sinn zu geben, als mit den Fakten“.<sup>10</sup> Von Redakteuren dieses Magazins hätte man doch etwas mehr kritische Distanz zu fragwürdigen Studien erwarten dürfen.

Die eingangs zitierte These, dass jedes Schuljahr im Durchschnitt mit einem um rund 10% höheren Erwerbseinkommen einhergeht, wirft zudem weitere, eher rhetorische Fragen auf:

- Führt jede längere Verweildauer im Schulwesen, auch auf Grund von Klassenwiederholungen, zu einem höheren Erwerbseinkommen?
- Sollten begabte Schülerinnen und Schüler noch zum Überspringen einer Klasse ermutigt werden, wenn sie dadurch einkommensrelevanten Schulbesuch versäumen?
- War die G-8-Reform deshalb ein bildungspolitischer Irrweg, weil die Verkürzung der Schulzeit auch die Einkommenschancen der betroffenen Jahrgänge drastisch geschmälert hat?
- Das Institut der deutschen Wirtschaft hat 2013 ausgerechnet, dass ein um ein Jahr früherer Berufseinstieg jedem Akademiker einen finanziellen Vorteil von 54 000 Euro bringt.<sup>11</sup> Heben sich die Effekte kürzerer Schulzeit und eines früheren Berufseinstiegs nun gegenseitig auf?

Eine Teilantwort auf Fragen wie diese hat Wößmann schon vor Jahren gegeben: „Bildung wirkt sich nur in dem Maße wirtschaftlich aus, wie sie auch tatsächlich höhere Kompetenzen vermittelt. Es reicht nicht, nur die Schul- oder Universitätsbank zu drücken; auf das Gelernte kommt es an.“<sup>12</sup> Welchen ökonomischen Nutzen einmal erreichte Bildungsabschlüsse bringen, hängt aber auch vom gesellschaftlichen Bedarf und nicht zuletzt von persönlichen Faktoren ab.

Fazit: Das Problem mancher statistischen Untersuchungen besteht offensichtlich darin, dass sie ein Phänomen (hier: Höhe des Erwerbseinkommens), das von vielen Faktoren abhängt, durch Korrelation mit einer einzigen Variablen (hier: Dauer des Schulbesuchs) zu erklären versuchen. Korrelation bedeutet aber noch längst nicht Kausalität, geschweige denn Gesetzmäßigkeit. Umso mehr sollte man es vermeiden, die von den Corona-bedingten Schulschließungen betroffenen Kinder und Jugendlichen mit solchen fragwürdigen Studienresultaten zu belasten.

<sup>1</sup> <https://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/folgekosten-ausbleibenden-lernens-was-wir-ueber-die-corona> (Zugriff 15.05.2021).

<sup>2</sup> <https://www.spiegel.de/panorama/bildung/oecd-bildungsexperte-wir-muessen-die-schulen-so-lange-wie-moeglich-offen-halten-a-d7640186-0058-4d2e-91a6-aa8007b29b03> (Zugriff 15.05.2021).

<sup>3</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bildung-und-einkommen-der-schulausfall-in-der-pandemie-koennte-3-3-billionen-euro-kosten/26786872.html> (Zugriff 15.05.2021).

<sup>4</sup> Vgl. R. Bölling, Schiefer als der schiefe Turm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 11. 2019.

<sup>5</sup> OECD: PISA 2018 Ergebnisse (Band I), Was Schülerinnen und Schüler wissen und können, S. 51.

<sup>6</sup> Wößmann, Folgekosten ausbleibenden Lernens (Anm. 1), S. 5.

<sup>7</sup> Vgl. R. Bölling, Lehrerarbeitslosigkeit. Historische Erfahrungen, gegenwärtige Situation und Zukunftsperspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/87, S. 3 - 14; ders.: Lehrerarbeitslosigkeit in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 27, 1987, S. 229 – 258.

<sup>8</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Demografie\\_Deutschlands#cite\\_note-fed\\_stat-16](https://de.wikipedia.org/wiki/Demografie_Deutschlands#cite_note-fed_stat-16) (Zugriff 15.05.2021).

<sup>9</sup> <https://www.bpb.de/izpb/9748/wirtschaftliche-entwicklung-in-der-bundesrepublik> (Zugriff 15.05.2021).

<sup>10</sup> <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/corona-lockdown-der-schulausfall-wird-zur-billionen-bombe-a-80ac06c2-1156-4d79-b894-8266a5bac148?> (Zugriff 08.02.2021).

<sup>11</sup> <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/verkuerzte-gymnasialzeit-die-wirtschaft-haelt-g8-immer-noch-fuer-eine-gute-idee-12568084.html> (21.09.2013; Zugriff 15.05.2021).

<sup>12</sup> L. Wößmann, Bildung und gesamtwirtschaftlicher Wohlstand, 2015 - <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunft-bildung/199450/volkswirtschaft-und-bildung> (Zugriff 15.05.2021).